

Europäischer Grüner Deal

Der europäische Grüne Deal ist ein Programm, das in den politischen Leitlinien der neuen Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, umrissen ist. Sein Ziel besteht darin, Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie zu steigern sowie einen gerechten Übergang für die betroffenen Regionen und Arbeitnehmer sicherzustellen. Weitere wichtige Aspekte sind der Erhalt der natürlichen Umwelt und der biologischen Vielfalt, eine nachhaltige Lebensmittelerzeugung nach dem Konzept „vom Erzeuger bis zum Verbraucher“ und ein neuer Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft. Geleitet und koordiniert wird die Arbeit am europäischen Grünen Deal von Exekutiv-Vizepräsident Frans Timmermans. Eine Mitteilung der Kommission zu dem Thema wird voraussichtlich am 11. Dezember vor Beginn der Tagung des Europäischen Rates veröffentlicht. Das Europäische Parlament hat eine Aussprache zum europäischen Grünen Deal im Rahmen einer außerordentlichen Plenarsitzung am 11. Dezember 2019 anberaunt.

Hintergrund

Die EU ist entschlossen, die Erderwärmung im Einklang mit dem im Jahr 2015 verabschiedeten Übereinkommen von Paris auf weit unter 2 °C gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Im November 2018 veröffentlichte die Kommission eine Strategie mit dem Titel „[Ein sauberer Planet für alle](#)“, mit der bis 2050 eine wohlhabende, moderne, wettbewerbsfähige und klimaneutrale Wirtschaft angestrebt wird. Darin werden Szenarien für eine langfristige Verringerung der CO₂-Emissionen analysiert, die als Grundlage für eine Debatte zum Übergang zu einer emissionsneutralen Wirtschaft dienen. Auf der Grundlage der Strategie der Kommission für einen sauberen Planeten wird die EU im Einklang mit dem Übereinkommen von Paris ihre langfristige Strategie zur Verringerung der CO₂-Emissionen entwickeln. Der Europäische Rat plant, seine Leitlinien bis Ende des Jahres fertigzustellen, sodass die langfristige Strategie der EU Anfang 2020 angenommen und dem Klimasekretariat der Vereinten Nationen vorgelegt werden kann. Das ist auch ein vorrangiges Ziel des derzeitigen finnischen Ratsvorsitzes. Dem vom Europäischen Parlament festgelegten Ziel, dass die EU bis 2050 klimaneutral werden soll, stimmt die überwiegende Mehrheit der Mitgliedstaaten zu, doch es gelang dem [Europäischen Rat auf seiner Tagung im Juni 2019](#) nicht, eine einstimmige Entscheidung über das Datum zu treffen.

Wichtigste Fragen

In ihren [politischen Leitlinien](#) bezeichnet Ursula von der Leyen das Ziel, Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen, als „die größte Herausforderung und Chance der Gegenwart“. Innerhalb der ersten 100 Tage der Amtszeit der neuen Kommission will sie Vorschläge für den europäischen Grünen Deal vorlegen. Dieser soll unter anderem ein „europäisches Klimagesetz“ umfassen, in dem das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 festgelegt ist. Damit alle Bürger und Branchen ihren Beitrag leisten, sei es vor allem wichtig, dass CO₂-Emissionen künftig mit Kosten verbunden sind. Das Emissionshandelssystem soll auf den Seeverkehr ausgeweitet werden, und den Luftfahrtunternehmen sollen nach und nach weniger kostenlose Zertifikate zugeteilt werden. Außerdem ist eine Ausweitung auf den Straßenverkehr und das Bauwesen vorgesehen.

Ein neuer europäischer Klimapakt soll regionale und lokale Behörden, die Zivilgesellschaft, die Industrie und Schulen zusammenbringen, damit sie sich auf Änderungen ihrer Verhaltensweisen einigen. Auch die Steuerpolitik sollte im Einklang mit den Klimazielen reformiert werden, unter anderem durch die Einführung einer CO₂-Grenzsteuer und die Überarbeitung der Energiebesteuerungsrichtlinie.

Mit dem europäischen Grünen Deal soll auch eine neue Industriepolitische Strategie einhergehen, die darauf ausgerichtet ist, der EU in der Kreislaufwirtschaft und im Bereich umweltfreundliche Technologien zu weltweiter Führung zu verhelfen und die CO₂-Emissionen in energieintensiven Industriezweigen zu senken. Die Menschen und Regionen, die vom Übergang zu einer CO₂-armen Wirtschaft am stärksten

betroffen sind, sollen durch einen Mechanismus für einen fairen Übergang unterstützt werden, der sich aus verschiedenen Fonds und Instrumenten speist und auch private Investitionen mobilisiert. Das gab Ursula von der Leyen in ihrer [Rede](#) vor dem Europäischen Parlament am 27. November 2019 bekannt.

Den Leitlinien zufolge sollen Rekordsummen in Spitzenforschung und Innovation investiert werden, die ergänzt werden durch eine Strategie für eine grüne Finanzierung und einen Investitionsplan für ein zukunftsfähiges Europa. Mit dem Investitionsplan sollen in den nächsten zehn Jahren in der gesamten EU private und öffentliche Investitionen in Höhe von 1 Billion EUR gefördert werden. Die Europäische Investitionsbank soll zum Teil in die Klimabank Europas umgewandelt werden.

Die Kommission unter Ursula von der Leyen will außerdem, dass die Klimaschutzziele für 2030 – sowohl in der EU als auch auf internationaler Ebene – höher gesteckt werden. Die Präsidentin der Kommission will, dass die EU bei den internationalen Verhandlungen über höhere Zielvorgaben für andere große Emittenten bis 2021 die Führung übernimmt. Außerdem hat sie sich verpflichtet, einen umfassenden Plan vorzulegen, um die Zielvorgabe der Europäischen Union für 2030 auf verantwortungsvolle Weise von 40 % auf 55 % anzuheben. Dem Vorhaben sollen Abschätzungen der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Folgen zugrunde liegen, sodass gleiche Wettbewerbsbedingungen geschaffen und Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung gefördert werden.

Durch einen neuen Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft soll die nachhaltige Nutzung von Ressourcen gefördert werden, insbesondere in ressourcenintensiven Branchen mit erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt wie der Textilindustrie und dem Bauwesen. Europa soll bei der Bewältigung des Problems der Einwegkunststoffe die Führung übernehmen und künftig auch gegen Mikroplastik vorgehen.

Ein weiteres Ziel besteht darin, die biologische Vielfalt als Querschnittsaufgabe in allen Politikbereichen zu berücksichtigen und eine Biodiversitätsstrategie für 2030 auszuarbeiten. Bei der 14. Tagung der Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens über die biologische Vielfalt im Jahr 2020 soll die EU weltweit mit gutem Beispiel vorangehen. Weitere Elemente des europäischen Grünen Deals sind das Null-Schadstoff-

In den politischen Leitlinien vorgeschlagene Initiativen

Legislativvorschläge

- europäisches Klimagesetz, in dem das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 rechtlich verankert wird
- Ausweitung des europäischen Emissionshandelssystems auf den Seeverkehr und schrittweise Verringerung der kostenfreien Zuteilung von Zertifikaten für Luftfahrtgesellschaften; weitere Ausweitung auf den Straßenverkehr und das Bauwesen
- CO₂-Grenzsteuer
- Überarbeitung der Energiebesteuerungsrichtlinie

Strategien und Aktionspläne

- neue industriepolitische Strategie
- Strategie für eine grüne Finanzierung und ein Investitionsplan für ein zukunftsfähiges Europa
- umfassender Plan zur Anhebung des Ziels zur Verringerung der CO₂-Emissionen bis 2030 auf 55 %
- Strategie für nachhaltige Lebensmittelerzeugung nach dem Konzept „vom Erzeuger bis zum Verbraucher“ entlang der gesamten Wertschöpfungskette
- bereichsübergreifende Strategie zum Schutz der Gesundheit der Bürger vor Umweltzerstörung und -verschmutzung
- Biodiversitätsstrategie für 2030
- neuer Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft; Vorgehen gegen Mikroplastik

Finanzierungsinstrumente

- neuer Fonds für einen gerechten Übergang
- teilweise Umwandlung der Europäischen Investitionsbank in die Klimabank Europas

Nichtlegislative Initiativen

Ziel zum Schutz der Gesundheit der Bürger und eine neue Strategie für nachhaltige Lebensmittelerzeugung nach dem Konzept „vom Erzeuger bis zum Verbraucher“.

Gemäß seinem [Mandatsschreiben](#) hat der Exekutiv-Vizepräsident Frans Timmermans die Aufgabe, die strategische Ausrichtung festzulegen und den Vorsitz der Gruppe der Kommissionsmitglieder zum europäischen Grünen Deal zu übernehmen. Zusätzlich zu den in den politischen Leitlinien genannten Punkten soll er daran arbeiten, die CO₂-Emissionen im Verkehrswesen zu senken und sicherzustellen, dass die blaue Wirtschaft zur Verwirklichung der Klimaschutzziele beiträgt.

In seiner [Anhörung](#) vor dem Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) des Europäischen Parlaments am 8. Oktober 2019 sagte Frans Timmermans zu, eine Wasserstoffstrategie und eine Wiederaufforstungsstrategie vorzulegen. Er sprach sich zudem dafür aus, ein System auszuarbeiten, um Verbrauchern die Gewissheit zu geben, dass eingeführte Erzeugnisse nicht mit Entwaldung in Verbindung stehen. Außerdem will er erreichen, dass Europa in Zukunft über das beste Verkehrssystem weltweit verfügt. Dieses Ziel umfasst emissionsfreie Fahrzeuge und umweltfreundliche öffentliche Verkehrsmittel. Er sprach sich dabei für Biokraftstoffe der dritten Generation und Investitionen in den Schienenverkehr aus. Im Zusammenhang mit der Landwirtschaft sagte er zu, sich für die Verbesserung des Tierschutzes einzusetzen.

Quellen

[Anhörungen der designierten Kommissionsmitglieder: Frans Timmermans – Vizepräsident: europäischer Grüner Deal](#), EPRS, Europäisches Parlament, September 2019.

[Bei der Anhörung von Frans Timmermans, designierter Exekutiv-Vizepräsident mit Zuständigkeit für den europäischen Grünen Deal, gegebene Zusagen](#), Fachabteilung Wirtschaft, Wissenschaft und Lebensqualität, Europäisches Parlament, November 2019.

